

PRESSEGESPRÄCH

mit

Thomas Stelzer

Landeshauptmann

Manfred Haimbuchner

Landeshauptmann-Stellvertreter

am 2. April 2025

Arbeitsklausur der Koalitionspartner: „Mit ganzer Kraft für Arbeit & Wirtschaft.“

- *Mission 2025: 1,5 Milliarden Euro damit Oberösterreich vorne bleibt*
- *Deregulierung: Nächste Phase startet*
- *Gemeindepaket zur Stärkung der Gemeinden*
- *Sicherheits-Cluster für zusätzliches Wachstum*
- *Investitionen in die Infrastruktur*
- *Moderne Wohnbauförderung*
- *Entbürokratisierung des Naturschutzes*

Am Dienstag, 1. April 2025 trafen sich Oberösterreichs Koalitionspartner zu einer gemeinsamen Arbeitsklausur in Nußdorf am Attersee. Die eintägige Klausur stand unter dem Titel „Mit ganzer Kraft für Arbeit und Wirtschaft“ – und drückt damit den heurigen Fokus der Landesregierung aus.

Im Rahmen der Klausur besichtigten Landeshauptmann Thomas Stelzer, Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner und Landeshauptmann-Stv.in Christine Haberlander das Metallbau-Unternehmen Peneder in Atzbach, um sich aus erster Hand über die aktuelle Situation in der Industrie zu informieren. Bei der Klausur selbst war schließlich auch Universitätsprofessor Theodoro D. Cocca vor Ort, um eine Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abzugeben und sich über Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft auszutauschen.

Die Kurzfassung der Einschätzung von Dr. Cocca:

Die österreichische Wirtschaft hat ihre Konjunkturschwäche bislang nicht überwunden, und eine rasche Erholung ist nicht in Sicht. Die Rezession in der Industrie setzt sich fort, während der Dienstleistungssektor unter der Verunsicherung der Konsumenten und deren hoher Sparneigung leidet. Der Einzelhandel konnte die Belebung rund um den Jahreswechsel nicht fortsetzen. Auch der angekündigte Sparkurs der Regierung belastet die Inlandsnachfrage. Für 2025 wird mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet, und auch 2026 ist keine wesentliche Verbesserung in Sicht. Lediglich der Bausektor zeigt erste Stabilisierungstendenzen, und im Dienstleistungsbereich sind die Geschäftserwartungen leicht positiv – wenn auch schwach.

Zusätzlichen Druck bringt die Entwicklung im Automobilsektor, der für Oberösterreich von zentraler Bedeutung ist. Neben der Absatzschwäche in China und dem Investitionsbedarf in die E-Mobilität belasten nun auch neue US-Zölle die Branche. Donald Trump hat angekündigt, ab 3. April Strafzölle auf importierte Autos und Komponenten aus Europa zu verhängen. Für die deutschen Autobauer ist das ein herber Rückschlag – insbesondere, da sie auf den US-Markt als Ausgleich für schwache China-Geschäfte gehofft hatten. Die Auswirkungen werden auch die bereits angeschlagene österreichische Zulieferindustrie spürbar treffen. Aus dieser Entwicklung und der schwer absehbaren weiteren potentiellen Eskalation des Handelskonfliktes gepaart mit der besonderen Exponierung der oberösterreichischen Wirtschaft gegenüber dem Automobilsektor resultiert eine deutliche Risikoerhöhung für den Standort.

Auch aufgrund der Wirtschaftsprognosen haben die Koalitionspartner den Fahrplan fixiert, um mit ganzer Kraft für Arbeit und Wirtschaft zu arbeiten:

Mission 2025: 1,5 Milliarden Euro damit Oberösterreich vorne bleibt

Aufgrund der weltpolitischen Lage ist die Konjunktur schwächer als erwartet und führt zu schlechteren Prognosen für das staatliche Defizit. Das trifft natürlich auch die Länder. Umso wichtiger ist es, dass die öffentliche Hand trotz aller Schwierigkeiten investiert. Das gilt natürlich auch für das Land OÖ, das mit dem Zukunftsfonds und dem OÖ-Plan bereits eigene Konjunktur-unterstützende Investitionspakete im Umfang von rund 300 Millionen Euro für 2025 geschnürt hat. Diese beiden stehen jedoch nicht allein – sie sind Teil der „Mission 2025“, die ein Gesamt-Investitionsvolumen von rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2025 umfasst – ein wesentlicher Teil wurde dabei bereits bei der Konzeption des Landeshaushalts berücksichtigt.

Konkret sind im Landeshaushalt 2025 731 Millionen Euro vorgesehen, in den Unternehmen der Landesholding sind Investitionen in Höhe von 270 Millionen Euro geplant.

Bildung: 75 Millionen Euro

Gesundheit: 111 Millionen Euro

Straßenverkehr: 230 Millionen Euro

Öffentlicher Verkehr: 255 Millionen Euro

Wohnbau: 185 Millionen Euro

Wirtschaftsförderung: 72 Millionen Euro

Kultur: 31 Millionen Euro

Digitalisierung, Breitbandausbau: 42 Millionen Euro

Und auch Oberösterreichs Landesenergieversorger, die Energie AG, trägt dazu bei, die Konjunktur anzukurbeln. Sie investiert 500 Millionen Euro:

- Für Sanierungsprojekte sind 100 Millionen Euro vorgesehen
- In den Netzausbau fließen 200 Millionen Euro.
- Für den Ausbau der Erneuerbaren Energiequellen sind 200 Millionen Euro geplant. Da fällt beispielsweise das Pumpspeicherkraftwerk Ebensee (ca. € 100 Millionen Euro) genauso darunter wie das Wasserkraftwerk Traunfall, Wasserkraftwerk Weißenbach/Bad Goisern oder der Windpark Kobernaußerwald.

Nächste Phase in der Deregulierung startet

Entrümpelung der Gesetze und Verordnungen, kurz, eine schlanke, effiziente Verwaltung ist ein wesentlicher Schritt, um als Wirtschafts-, Arbeits- und Innovationsstandort auch in Zukunft erfolgreich zu sein. Deshalb läuft in Oberösterreich bereits das von LH Stelzer beauftragte Schlankmacher-Programm. Dabei sind bereits einige Punkte umgesetzt worden (siehe unten), weitere Punkte werden nun folgen

Konkret geht es um:

- Erleichterung für Industriebauten: Immer wieder kommt es zu Problemen bei der Errichtung von Betriebsbauten im Zusammenhang mit Eingriffen in das Orts- und Landschaftsbild. Dies führt mitunter zur Erhöhung der Errichtungskosten bzw. stellt sogar ein „KO-Kriterium“ für betriebliche Vorhaben dar. Dies obwohl sich gewerbliche Bauprojekte in entsprechenden Widmungen befinden und durch Höhengausdehnung statt Flächenbauweise dazu beitragen, den Bodenverbrauch zu vermindern. Nun soll insbesondere bei gewidmeten Industriegebieten das Orts- und Landschaftsbild gegenüber den Nutzungsanforderungen betrieblicher Vorhaben in den Hintergrund treten. Dies insbesondere dann, wenn die Höhe der baulichen Anlage dazu dient, den Flächenverbrauch zu vermindern oder aber auch bei Projekten zur Umsetzung der Energiewende.
- Erleichterung für Umspannwerke: Oberösterreich ist das einzige Bundesland, das für Umspannwerke im Grünland eine Sonderwidmung verlangt. Das Ende der Verpflichtung ist ein Beitrag zur Beschleunigung von Leitungsprojekten, sagt LH Stelzer.

Bereits umgesetzt wurden folgende Punkte:

- Erleichterungen im Bereich von PV-Anlagen:
Bisher waren Photovoltaik-Anlagen auf Dächern, Parkplätzen und versiegelten Flächen nur bis zu einer Leistung von ein Megawatt bewilligungsfrei. Diese Freistellung wird nun auch auf PV-Anlagen mit einer Leistung von mehr als 1 Megawatt erweitert. Stromspeicher sind ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Sie erhöhen einerseits den Eigenversorgungsgrad und entlasten zum anderen die Stromnetze. Daher soll die Errichtung von Stromspeichern bis 1 Megawatt Leistung künftig bewilligungsfrei sein.
- Weitere Deregulierungsmaßnahmen im OÖ. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz sowie im OÖ. Starkstromwegegesetz:
 - Freistellung von elektrischen Leitungsanlagen bei Erneuerbaren Stromerzeugungsanlagen.

- Für Windkraftanlagen, PV-Anlagen und thermische Solaranlagen, bei denen durch die jüngste Novelle der OÖ. Bauordnung die baurechtliche Anzeigepflicht entfallen ist, soll es auch im OÖ. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz keine neue Bewilligungspflicht geben.
- Bei bewilligten Vorhaben im Bereich erneuerbarer Energien soll es künftig keine Überprüfung der Fertigstellungsanzeige durch die Behörde und Amtssachverständige mehr geben. Stattdessen soll beispielsweise der durchführende Installationsbetrieb als fachlich geeignete Stelle eine Bestätigung der projektgemäßen Ausführung und der Erfüllung der vorgeschriebenen Auflagen ausstellen, die der Fertigstellungsanzeige beigefügt wird. Damit wird der Zeit- und Personalaufwand bei der Behörde und den Amtssachverständigen verringert.
- Vereinfachung der Straßenverkehrsordnung:
Temporäre Verkehrsänderungen müssen nicht mehr von der Landesregierung abgesegnet werden, auch wenn diese in zwei Bezirken gelten sollen.
- Einige Verordnungen wurden gestrichen – wie z.B. die Verordnung der Oö. Landesregierung über Sofortmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Maiswurzelbohrers.
- Modernisierung des Archivgesetzes (in Begutachtung)
- Rechtssicherheit für langbestehende Bauten:
Echte Entbürokratisierung zeigt sich dort, wo Vorschriften mit Vernunft und Hausverstand angepasst werden - ein Beispiel dafür ist der §49a der OÖ. Bauordnung. Viele Immobilienbesitzer stehen vor einem enormen bürokratischen Problem: Geringfügige Abweichungen bei alten Bauten können dazu führen, dass jahrzehntelang bestehende Gebäude plötzlich illegal werden – es folgten jahrelange Rechtsstreitigkeiten, die damit verbunden Kosten für Bürger und Verwaltung waren enorm. Mit der Einführung von §49a konnten hunderte Verfahren rasch und unbürokratisch gelöst bzw. verhindert werden. 49a ermöglicht die rechtliche Sanierung von langbestehenden Bauten, ohne dass jahrzehntelange Rechtsstreitigkeiten entstehen.

Gemeindepaket zur Stärkung der Gemeinden

„Wir lassen niemanden allein – schon gar nicht unsere Gemeinden“, lautet ein Credo von LH Thomas Stelzer. Der deshalb ein 50-Millionen-Euro-Unterstützungspaket für Oberösterreichs Gemeinden schnürt. „Damit helfen wir rasch, unbürokratisch und direkt“, betont Stelzer, der

ergänzt: *„Wir stehen an der Seite unserer Gemeinden.“* Das war auch schon in der Vergangenheit der Fall, schließlich wurde auch 2023 ein Hilfspaket für die Kommunen geschnürt – das Volumen betrug damals 35 Millionen Euro. Und auch im vergangenen Jahr gab es vonseiten des Landes Oberösterreich – neben der Hilfe vom Bund – ein eigenes Hilfspaket für die Gemeinden (50 Millionen Euro). LH Stelzer: *„Uns ist bewusst, dass langfristig strukturelle Reformen notwendig sind. Doch dafür brauchen wir den Bund.“*

Sicherheits-Cluster für zusätzliches Wachstum

Angesichts der globalen politischen Situation und dem Bekenntnis von EU-Präsidentin Ursula von der Leyen, Europa auch militärisch von den USA zu emanzipieren und in die Verteidigung investieren zu wollen, werden auch in Oberösterreich die entsprechenden Weichen gestellt. Und zwar in Form eines Sicherheits-Clusters. Schließlich sind in Oberösterreich einige Firmen beheimatet, die in diesem Wirtschaftssektor direkt tätig sind, dazu kommen noch viele weitere Zulieferer etwa für Kommunikationstechnologie. *„Schlimm genug, dass wir uns im Jahr 2025 mit so einem Thema beschäftigen müssen aber klar ist aufgrund der geopolitischen Lage, dass Europa im Sicherheitsbereich nachbessern muss. Da dürfen Österreich und Oberösterreich nicht blind bleiben, sondern wir müssen – natürlich ohne den Rahmen, den uns unsere Neutralität vorgibt, zu verletzen – aktiv werden. Unsere Cluster haben sich über viele Jahre bewährt, auch der Sicherheits-Cluster wird angesichts der steigenden Bedeutung dieses Segments in Europa für Oberösterreich noch sehr wichtig werden“*, sagt LH Stelzer. Nachsatz: *„Damit stärken wir unsere Kompetenzen, nutzen internationale Kontakte und fokussieren das in Oberösterreich beheimatete Know-how.“*

Quantentechnologie

„Oberösterreich ist nicht nur ein Arbeits- und Wirtschaftsstandort, sondern auch der Innovationsstandort in Österreich. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch in puncto Quantentechnologie von Anfang an vorne mit dabei sind“, sagt LH Stelzer. Der sich deshalb bei Quantentechnologie-Pionieren – wie beispielsweise Dänemark – vor Ort Informationen holt, sondern auch Kooperationen forcieren möchte. Schließlich ist Quantentechnologie im Kommunikationsbereich genauso die Zukunft wie im Gesundheitsbereich, etwa in der Diagnostik. *„Quantentechnologie spielt eine wichtige Rolle in unserer Wirtschafts- und Forschungsstrategie 2030. Wir haben bereits einige Experten auf diesem Gebiet an der JKU und an Fachhochschulen – aber wir wollen unser Know-how noch weiter ausbauen. Dafür brauchen wir internationale Kontakte“*, so Stelzer. Schließlich soll Linz mit München und Innsbruck ein „Quanten-Dreieck“ bilden.

Investitionen in die Infrastruktur

Ein leistungsfähiges und modernes Verkehrsnetz ist das Rückgrat einer starken Wirtschaft. Investitionen in die Infrastruktur sind daher essenziell, um den Wirtschaftsstandort Oberösterreich langfristig abzusichern und weiterzuentwickeln. Für das Jahr 2025 sind in diesem Bereich bedeutende Maßnahmen geplant: Insgesamt werden rund 485 Millionen Euro in den Ausbau des Straßen- und öffentlichen Verkehrsnetzes investiert.

- Gezielte Investitionen für eine bessere Mobilität

Von diesem Budget entfallen 255 Millionen Euro auf den öffentlichen Verkehr und 230 Millionen Euro auf den Straßenbau. Diese Mittel fließen in zentrale Projekte, die nicht nur die Verkehrssicherheit und Effizienz steigern, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen fördern.

- Straßenbau: Stärkung regionaler Anbindungen

Um Verkehrsengpässe zu entschärfen und die Mobilität in den Regionen zu verbessern, schreiten 2025 mehrere zentrale Straßenbauprojekte voran:

- *Fertigstellung der Umfahrung Peilstein im Sommer 2025 – ein bedeutender Schritt für den Verkehrsfluss im Mühlviertel.*
- *Bau des zweiten Abschnitts der Umfahrung Mattighofen-Munderfing, gestartet im Februar 2025, zur Entlastung der Ortskerne und Stärkung des Wirtschaftsraums.*
- *Umfahrung Puppung-Karling und die Umgestaltung des Kreisverkehrs Unterweikersdorf zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrssicherheit.*

Diese Projekte tragen maßgeblich dazu bei, Unternehmen, Pendler und den Güterverkehr effizient zu vernetzen und die Wettbewerbsfähigkeit Oberösterreichs zu sichern.

- Öffentlicher Verkehr: Zukunftsweisende Maßnahmen für moderne Mobilität

Auch im öffentlichen Verkehr werden bedeutende Investitionen getätigt, um eine nachhaltige und effiziente Mobilität zu gewährleisten:

- *Neugestaltung des Linzer Busterminals zur Schaffung eines modernen und leistungsfähigen Knotenpunkts für den Busverkehr.*
- *Stadtbahn-Projekt: Die geplante Erweiterung ins östliche Mühlviertel Richtung Gallneukirchen und Pregarten befindet sich in der fortgeschrittenen Planungsphase und wird langfristig eine zukunftsfähige Alternative zum Individualverkehr bieten.*

- *Elektrifizierung der Mattigtalbahn: Die laufende Umsetzung dieses Projekts wird den regionalen Bahnverkehr nachhaltiger, effizienter und umweltfreundlicher gestalten.*

Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Sie schafft Arbeitsplätze, stärkt den Wirtschaftsstandort Oberösterreich und sorgt für eine moderne, nachhaltige Mobilität. Mit den anstehenden Investitionen wird ein entscheidender Schritt in Richtung einer leistungsfähigen und zukunftssicheren Verkehrsinfrastruktur gesetzt.

Moderne Wohnbauförderung

- Digitalisierung der Wohnbeihilfe – Effizienter und sozial gerechter

Die Digitalisierung der Verwaltung schreitet weiter voran. Ein wichtiger Schritt in diesem Bereich ist die digitale Antragseinreichung für die Wohnbeihilfe, die einen effizienteren, schnelleren und nutzerfreundlicheren Prozess ermöglicht. Durch gezielte Maßnahmen wird der Zugang zur Wohnbeihilfe vereinfacht und gleichzeitig die Verwaltung entlastet.

Zentrale Verbesserungen im Überblick:

- *ZMR-Haushaltsabfrage: Direkte Abfrage von Meldedaten zur Vereinfachung des Antragsverfahrens*
- *Online-Formular und Nachreichung von Unterlagen: Digitale Anträge können bequem von zu Hause aus eingereicht und fehlende Dokumente online nachgereicht werden*
- *Schnittstelle zu AJ-WEB: Optimierte Verwaltung und schnellere Bearbeitung durch digitale Vernetzung*

Die Abteilung wird künftig direkt auf diverse Daten der Antragsteller zugreifen können, womit die Einreichung gewisser Dokumente in Zukunft nicht mehr notwendig sein wird. Dabei handelt es sich um eine deutliche Prozessoptimierung – viele Informationen bzw. fehlende Daten müssen nicht mehr manuell vom Antragsteller ein- bzw. nachgereicht werden, sie können seitens der Verwaltung unkompliziert selbstständig in Erfahrung gebracht werden. Für den Wohnbeihilfenbezieher bedeutet diese effizientere Methode geringere Wartezeiten und eine schnellere Bearbeitung seines Antrags.

- Förderungen vereinheitlichen

Mit der neuen oberösterreichischen Nachverdichtungsverordnung wurde nicht nur ein Meilenstein bezüglich der vernünftigen und nachhaltigen Nutzung bereits versiegelter Flächen gesetzt – gleichzeitig wurde das Fördersystem in einigen Fällen vereinheitlicht. Früher war es

üblich, dass in diesem Bereich mit Annuitäten- bzw. Tilgungszuschüssen gearbeitet wurde. Nun wird teilweise auch hier künftig mit direkten Landesdarlehen agieren. Das hat den Vorteil, dass diese Art von Projekten wirtschaftlich wesentlich besser darstellbar sind.

- Digitale Schnittstellen erleichtern Eigenheimförderung

Der Traum vom Eigenheim ist für viele Menschen ein zentrales Lebensziel. Um diesen Schritt zu erleichtern, setzt Oberösterreich auf eine digitale Vernetzung zwischen der Eigenheimförderung und der Hypo-Bank. Durch neue digitale Schnittstellen wird das Förderverfahren vereinfacht, beschleunigt und sowohl für Bürger als auch für Banken und Behörde effizienter gestaltet. Durch den direkten Austausch von Daten zwischen Banken und Verwaltung müssen viele Unterlagen nicht mehr mehrfach eingereicht werden. Dies führt zu einer merklichen Entlastung der Verwaltung und zu einem geringeren Aufwand für die Fördernehmer.

Die Einführung dieser digitalen Schnittstellen bedeutet eine wesentliche Vereinfachung des gesamten Förderprozesses. Bisher waren Bürger oft mit langen Bearbeitungszeiten und einem hohen administrativen Aufwand konfrontiert. Durch die direkte Kommunikation zwischen der Hypo-Bank und der Verwaltung entfallen unnötige Schritte, und die Eigenheimförderung kann rascher und unbürokratischer abgewickelt werden.

- Konjunktur stärken

Die oberösterreichische Wohnbauförderung trägt sowohl mit den Neubauförderungen, als auch mit den Sanierungsförderungen wesentlich zur oberösterreichischen Wirtschaftsleistung bei. Aber auch für das Beschäftigungsniveau ist sie eine wichtige Stütze.

Neubauförderung: Laut einer Studie der FGW Forschungsgesellschaft für Wohnen, Planen und Bauen werden durch eine Neubau-Förderausgabe in Höhe von einer Million Euro in etwa 60 Arbeitsplätze induziert bzw. gehalten. Mit einem durchschnittlich geförderten Darlehensvolumen von 260,9 Millionen Euro pro Jahr wurden in Oberösterreich in den letzten fünf Jahren jährlich rund 15.700 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert.

Sanierungsförderung: Ebenfalls wurde durch die FGW Forschungsgesellschaft für Wohnen, Planen und Bauen nachgewiesen, dass bei einer Förderausgabe von einer Million Euro im Bereich der Sanierung 40 Arbeitsplätze sichergestellt werden. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Darlehensvolumen von 109,8 Mio. Euro werden daher in Oberösterreich rund 4.400 Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen bzw. gesichert.

Entbürokratisierung des Naturschutzes

Besonders problematisch ist das Zusammenwirken verschiedener EU-Verordnungen und Richtlinien, die nicht nur Bürger und Betriebe belasten, sondern sich in Teilen gegenseitig im Weg stehen. So widerspricht die RED III-Richtlinien, die vorsieht Beschleunigungsgebiete für erneuerbare Energien auszuweisen, klar den Zielen der Wiederherstellungs-Verordnung und diversen Artenschutz-Richtlinien. Derartige Regelungen sorgen für einen erheblichen Verwaltungsaufwand: Nicht nur Anwender sind betroffen, sondern auch die Beamten selbst stehen vor wachsenden Herausforderungen bei der Umsetzung und Kontrolle.

- Oberösterreich geht mit gutem Beispiel voran

Das Land Oberösterreich hat diese Problematik längst erkannt und setzt deshalb gezielt auf Entbürokratisierung. In diesem Zusammenhang ist eine Novelle des Naturschutzgesetzes in Vorbereitung. Ziel dieser ist es, Genehmigungsverfahren zu straffen und unnötige Bewilligungen abzuschaffen.

Wichtige Reformpunkte

- Von der Bewilligungspflicht zur Anzeigenpflicht - weniger behördliche Genehmigungen für einfachere und schnellere Verfahren
- Mehr Eigenverantwortung - Unternehmer und Landwirte sollen sich auf ihre Arbeit konzentrieren können, anstatt an bürokratischen Hürden zu scheitern.
- Effizienzsteigerung in der Verwaltung: Entlastung der Behörde durch praxisgerechte Regelungen

Klares Ziel ist es unnötige Hürden abzubauen und stattdessen klare, praxistaugliche und wirtschaftsfreundliche Regelungen zu schaffen. Oberösterreich macht es vor – es ist Zeit, dass auch auf europäischer Ebene ein Umdenken stattfindet.

Rückfragen: OÖVP-Pressesprecher Michael Obrovsky (+43 664 80762294)

FPÖ-Landespressereferentin Birgitt Großauer-Thurner (+43 664 9072221)